

DRINGLICHE RESOLUTION

Urheber	Kevin FOLLONIER und Gregory LOGEAN, UDC, Philomene ZUFFEREY-CIRCELLI, PDCC und Sylvie MASSEREY-ANSELIN, PLR
Gegenstand	Höchstspannungsleitung Grône: die Zeit drängt!
Datum	15/06/2020
Nummer	2020.06.166

Aktualität des Ereignisses

Anfang Juni liessen die Umweltverbände verlauten, dass sie keine Einsprache gegen das Projekt zur Versetzung von fünf Masten der Höchstspannungsleitung Chamoson–Chippis erheben würden.

Unvorhersehbarkeit

Der Entscheid der Umweltverbände war alles andere als gewiss und daher unvorhersehbar.

Notwendigkeit einer umgehenden Reaktion oder Massnahme

Die Zeit drängt, denn der Staat Wallis will vermeiden, dass die Masten nach Erstellung der Leitung auf dem ursprünglichen Trasseee versetzt werden müssen.

Am vergangenen 5. Juni haben wir erfahren, dass der WWF und Pro Natura keine Einsprache gegen das Projekt zur Versetzung von fünf Masten der Höchstspannungsleitung Chamoson–Chippis in der Region Grône/Chalais erheben würden. Dies ist ein Hindernis weniger im Wettlauf gegen die Zeit mit Swissgrid.

Aus dem diesbezüglichen Verfahren, das vom Staat Wallis im November 2018 eingeleitet wurde und das alle in der Gesetzgebung vorgesehenen Etappen durchlaufen muss, sind drei Varianten zur Änderung des ursprünglichen Trassees hervorgegangen, die den zuständigen Bundesämtern unterbreitet wurden.

In der Zeitung «Le Temps» liess Staatsrat Roberto Schmidt verlauten, dass die Stellungnahme des Bundesamtes für Umwelt (BAFU) wohl nicht negativ ausfallen dürfte und in den nächsten Wochen eintreffen sollte.

Man will vermeiden, dass die Masten nach Erstellung der Leitung auf dem ursprünglichen Trasseee versetzt werden müssen. Die Zeit drängt also.

Schlussfolgerung

Mit dieser Resolution im Sinne von Artikel 113 Absatz 1 GORBG ersucht der Walliser Grosse Rat das BAFU, seine Stellungnahme sobald als möglich zu kommunizieren und er fordert Swissgrid auf, die Arbeiten auf dem betroffenen Abschnitt auszusetzen, um einer der vom Kanton vorgeschlagenen Alternativen, die derzeit von den Bundesämtern geprüft werden, den Vorzug zu geben.